



**Protokoll der 2. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 1. Juli 2015, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel

Namensaufruf: 36 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Peter Hausammann, Lukas Hefti, Sandra Kern, Mario Weber

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

Traktanden

- 12 Mitteilungen
- 13 Protokolle der Sitzungen vom 22. April 2015, 20. Mai 2015 und 28. Mai 2015
- 14 Wahl von 11 Mitgliedern in die Spezialkommission zur Bearbeitung der Motion betreffend "Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte" der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges
- 15 Wahl des Präsidiums für die Spezialkommission zur Bearbeitung der Motion betreffend "Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte" der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges
- 16 Botschaft an den Gemeinderat; Bericht zur Wärme Frauenfeld AG
Kenntnisnahme
- 17 Botschaft an den Gemeinderat; Anpassung des Zonenplans im Bereich des Ausbildungszentrums Galgenholz
Eintreten, materielle Beratung, GesamtAbstimmung
- 18 Botschaft an den Gemeinderat; Zustimmung Stellenplanerweiterung gemäss Konzept Casino 2015+ für Neuanstellung Bereichsleitung ab 2016
Eintreten, materielle Beratung, GesamtAbstimmung

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter. Ich heisse Sie herzlich willkommen zur heutigen Gemeinderatssitzung. An der heutigen Sitzung hat der Fotograf der Thurgauer Zeitung, Herr Reto Marty, die Erlaubnis, Bildaufnahmen zu machen.

Segeln, das ist die Kunst, nass und krank zu werden und mit hohen Ausgaben langsam nirgendwohin zu treiben. Ganz im Gegensatz dazu lassen wir uns an der heutigen Ratssitzung nicht ziellos umhertreiben, sondern wir steuern zielgerichtet die folgenden Traktanden an.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Ratspräsidentin fest, dass 36 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19 Stimmen.

Für das Büromitglied Mario Weber müssen wir heute einen Ersatz wählen. Ich bitte um einen Vorschlag der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Heinrich Christ, Fraktionspräsident CH/Grüne/GLP: Wir schlagen Ihnen Gemeinderat Robin Kurzbein vor.

Abstimmung: Gemeinderat Robin Kurzbein wird einstimmig in das Büro gewählt.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Wie den Fraktionspräsidenten bereits mitgeteilt wurde, gibt es zu Traktandum 3 "Wahl von 11 Mitgliedern in die Spezialkommission zur Bearbeitung der Motion betreffend Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges" noch eine Ergänzung zur Traktandenliste.

Traktandum 3.1 "Wahl des Präsidiums der Spezialkommission" gemäss Art. 14 des Geschäftsreglements. Besten Dank an Gemeinderat Peter Hausammann, der uns darauf aufmerksam gemacht hat. Ich stelle somit die Tagesordnung mit dieser Ergänzung zur Diskussion.

Seitens des Rats liegen keine Einwände vor. Somit gilt die geänderte Tagesordnung als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung so durchführen.

An dieser Stelle möchte ich Sie nochmals bitten, bei den entsprechenden Traktanden das Eintreten und die Materielle Beratung jeweils zu trennen.

12

MITTEILUNGEN

1. Der Stadtrat hat am 1. Juni 2015 die Interpellation betreffend gleiche Bodenpreise für städtische Alterseinrichtungen der Gemeinderäte Stefan Geiges, Michael Hodel und Christoph Regli vom 17. Februar 2015 beantwortet. Diese wird in einer der kommenden Gemeinderatssitzungen traktandiert.
2. Die Termine der GPK-Sitzungen Budget 2016 und Finanzplan 2017-2019 wurden Ihnen am 10. Juni 2015 mitgeteilt.
3. Mit Schreiben vom 14. Juni 2015 teilt Gemeinderat Stefan Zahn seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat per 31. Juli 2015 aus gesundheitlichen Gründen mit. Dies ist also seine letzte Gemeinderatssitzung. Ich möchte ihn persönlich würdigen.
Gemeinderat Stefan Zahn ist am 1. Juni 2011 in den Gemeinderat eingetreten. Vom 2. Oktober 2013 bis zum 31. Mai 2015 war er auch Mitglied der GPK Finanzen und Administration. Als Kollege in der Fürsorgekommission, in welcher er vom 1. Juli 2011 bis und mit 31. Mai 2015 mitgewirkt hat, konnte ich ihn auch etwas näher kennenlernen. Nicht nur den vorgelegten Fällen galt sein Interesse, er hat auch selbst aktiv nach Verbesserungen gesucht und Lösungsvorschläge entwickelt. Stefan Zahn zeigte sich als sehr interessierter und engagierter Mitdenker, mit welchem man über alles offen diskutieren konnte. Als Geschäftsmann durch und durch, hat er sich immer auch für das Gewerbe eingesetzt. Trotz seiner Linientreue war er ein Mann, mit dem auch gemeinsame Lösungen gefunden werden konnten. Wir bedauern seinen Rücktritt sehr, danken ihm an dieser Stelle für sein als Gemeinderat mit Herzblut geleistetes Engagement und wünschen ihm und seiner Familie alles Gute. Herzlichen Dank!
4. Mit Beschluss Nr. 118 vom 26. Mai 2015 hat der Stadtrat gestützt auf Art. 42a des Geschäftsreglements für den Gemeinderat den parlamentarischen Vorstoss der Gemeinderäte Ursula Duewell und Ernst Rüsi dem Büro des Gemeinderats zur Beurteilung überwiesen. An der Bürositzung vom 12. Juni 2015 stimmten die Mitglieder des Büros des Gemeinderats dem Stadtratsbeschluss Nr. 118 einstimmig zu. Der Vorstoss wird somit als unzulässig beurteilt.
5. Am 15. Juni reichte Gemeinderat Peter Wildberger eine Einfache Anfrage "Fussweg zwischen Baliere- und Kurzenerchingerstrasse" ein (*als Datum der Einreichung gilt das Datum der Sitzung: 1. Juli 2015*).
6. Am 21. Juni 2015 hat Gemeinderat Pascal Frey, Fraktionspräsident SP/Gewerkschaft das Büro des Gemeinderats um ein Rückkommen zur Sitzordnung im Gemeinderat gebeten. Das Büro des Gemeinderats hat der Bitte gerne entsprochen, die alte Sitzordnung der linken Seite wieder herzustellen, zumal es auch die Fraktion CH/Grüne/GLP befürwortet hat. Das Papier mit der neuen Sitzordnung wird Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt abgegeben.
7. Frauenfeld hat beim Green Award den 2. Platz erreicht. Diese erfreuliche Mitteilung haben wir am 22. Juni 2015 vom Werkhof erhalten. Super, herzliche Gratulation!
8. Gemeinderat Peter Hausammann hat am 26. Juni eine Einfache Anfrage "Landverkäufe der Stadt aus dem Landkreditkonto 2" eingereicht (*als Datum der Einreichung gilt das Datum der Sitzung: 1. Juli 2015*).
9. Die Gemeinderatstermine 2016 liegen an Ihren Plätzen auf.

10. Zur Botschaft „Casino 2015+“ steht Ihnen noch eine Ergänzung auf Lachsfarbenem Papier an Ihrem Platz zur Verfügung. Folgende Änderung durch die GPK Bau, Werke, Anlagen beim Antrag auf Seite 10 der Botschaft wird empfohlen: "Der Stellenplanerweiterung gemäss Konzept Casino 2015+ für die Neuanstellung einer Bereichsleitung bei einem Arbeitspensum von 80 bis 100 Prozent ab 2016 wird zugestimmt. "
11. Trittsichere und bänderstarke Gemeinderätinnen und Gemeinderäte können sich bei Kollege Jörg Schläpfer melden, um sich beim Fussballspiel vom 4. September 2015 zwischen Gemeinderat/Kommissionsmitglieder gegen die Stadtverwaltung zu beteiligen.
12. Mit dem heutigen Datum hat Pascal Frey eine Einfache Anfrage "Lohnenswerte Investition in Public Private Partnership Photovoltaikanlage der Werkbetriebe Frauenfeld" eingereicht.
13. Andreas Elliker hat mit heutigem Datum eine Einfache Anfrage "Innovations- und Technologiepark" eingereicht.
14. Michael Lerch hat heute eine Einfache Anfrage "Unterflurcontainer" eingereicht.

13

PROTOKOLLE DER SITZUNGEN VOM 22. APRIL 2015, 20. MAI 2015 UND 28. MAI 2015

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Das Protokoll Nr. 39 wurde am 22. April 2015 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet, Nr. 40 und Nr. 1 der konstituierenden Sitzung am 3. Juni 2015. Bis zum heutigen Datum sind folgende Änderungen/Ergänzungen gewünscht worden:

Gemeinderat Thomas Gemperle hat folgende Änderung bei seinem Votum im Protokoll Nr. 40, Seite 825 gewünscht: Anpassung im zweiten Absatz. Richtig heissen müsste es: „Der Finanzchef hat erklärt, dass die Stadt dadurch gesamthaft nur rund 1,5 Mio. Franken zusätzliches Kapital aufnehmen musste.“

Gemeinderat Peter Wildberger wünscht folgende drei Korrekturen im Protokoll Nr. 40 Seite 825, zweiter Abschnitt:

1. Zusätzliche Überschrift: Zur Investitionsrechnung;
2. In der ersten Zeile: Ausfinanzierung der Teuerung statt Ausfinanzierung der Steuerung;
3. Zeile 3: Die früher ausgesprochenen Teuerungsrenten statt Teuerungsgelder.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu den Protokollen? – Das ist nicht der Fall. Ich danke den aufmerksamen Gemeinderäten für ihre Anregungen. Somit sind die Ratsprotokolle Nr. 39, 40 und 1 genehmigt. Herzlichen Dank der Ratssekretärin Heidi Arnold und allen weiteren Beteiligten.

14

WAHL VON ELF MITGLIEDERN IN DIE SPEZIALKOMMISSION ZUR BEARBEITUNG DER MOTION BETREFFEND ÜBERTRAGUNG VON ÖFFENTLICHEN AUFGABEN AN DRITTE DER GEMEINDERÄTE PETER HAUSAMMANN UND STEFAN GEIGES

Die Ratspräsidentin: Der Wahlvorschlag liegt auf Ihren Plätzen vor. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? Auch das ist nicht der Fall. Wir stimmen offen ab. Wer den elf vorgeschlagenen Mitgliedern für die Spezialkommission die Stimme geben möchte, erhebe sich bitte vom Sitz.

Folgende elf Mitglieder des Gemeinderats werden mit 27 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen in die Spezialkommission **gewählt**:

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott Anita (CH, Fraktion CH/Grüne/GLP)
 Gemeinderat Andreas Elliker (SVP, Fraktion SVP/EDU)
 Gemeinderat Marcel Epper (CVP, Fraktion CVP/EVP)
 Gemeinderat Sandro Ern  (FDP, Fraktion FDP)
 Gemeinderat Peter Hausammann (CH, Fraktion CH/Grüne/GLP)
 Gemeinderat Lukas Hefti (SP, Fraktion SP)
 Gemeinderat Stefan Geiges (CVP, Fraktion CVP/EVP)
 Gemeinderat Christian Mader (EDU, Fraktion SVP/EDU)
 Gemeinderat Fredi Marty (MproF)
 Gemeinderat J rg Schläpfer (FDP, Fraktion FDP)
 Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP, Fraktion SVP/EDU)

Die Ratspräsidentin gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen viel Erfolg.

15

WAHL DES PRÄSIDIUMS FÜR DIE SPEZIALKOMMISSION ZUR BEARBEITUNG DER MOTION BETREFFEND "ÜBERTRAGUNG VON ÖFFENTLICHEN AUFGABEN AN DRITTE" DER GEMEINDERÄTE PETER HAUSAMMANN UND STEFAN GEIGES

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Vorgeschlagen ist Gemeinderat Peter Hausammann, Fraktion CH/Grüne/GLP. M chte jemand aus dem Rat einen weiteren Vorschlag machen? – Das ist nicht der Fall. Auch hier stimmen wir offen ab. Wer Gemeinderat Peter Hausammann die Stimme geben möchte, erhebe sich bitte vom Sitz.

Gemeinderat Peter Hausammann wird einstimmig zum Präsidenten der Kommission **gewählt**.

BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT BERICHT ZUR WÄRME FRAUENFELD AG

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Es liegt die Botschaft Nr. 44 des Stadtrats vom 12. Mai 2015 vor. Zusätzlich steht uns das Protokoll der ersten Sitzung der GPK Bau, Werke, Anlagen vom 4. Juni 2015 zur Verfügung. Der Bericht zur Wärme Frauenfeld AG wird lediglich zur Kenntnis genommen. Dem Sprecher der GPK wird das Wort erteilt.

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Mit dem Erstellen dieses Berichts wird der Auftrag aus der Motion Geiges und Hausammann erfüllt. Wir nehmen den ausführlichen Bericht mit bestem Dank und grundsätzlicher Würdigung an die Verfasser zur Kenntnis. Die GPK schätzt die Offenheit des Dokuments, welches auch schwierige und unangenehme Punkte thematisiert. Ebenso anerkennt die GPK grundsätzlich die Bestrebungen der Stadt Frauenfeld, sowohl Projekte mit erneuerbaren Energieträgern im Allgemeinen als auch die Nutzung von Abwärme und die Erhöhung der Energieeffizienz im Speziellen weiter voranzutreiben. Im Sinn einer Vorbildfunktion ist eine ökologische Mehrleistung der öffentlichen Hand durchaus erwünscht und positiv zu werten. Der zuständige Stadtrat Ruedi Huber erörterte uns an der letzten GPK-Sitzung die Vorgeschichte zur Gründung der Wärme Frauenfeld AG und deren Werdegang, wobei er detailliert auf unsere kritischen Fragen einging. Ebenso organisierte er am 17. Juni einen Informationsanlass für den gesamten Gemeinderat, um das Konzept und die einzelnen Elemente des kalten Fernwärmerings vor Ort zeigen und erklären zu können. Wenn wir nun heute vom Thema Wärme Frauenfeld AG sprechen, haben wir nicht nur Zahlen, sondern ein konkretes Bild vor Augen. Im Namen der GPK möchte ich mich bei Stadtrat Ruedi Huber für die vielen Informationen und die nun geschaffene Transparenz bedanken. Die Wärme Frauenfeld AG wurde im Jahr 2012 mit dem Ziel gegründet, die im gereinigten Abwasser der ARA Frauenfeld vorhandene Abwärme zugunsten einer umweltschonenden Wärmeversorgung in kantonalen, städtischen und privaten Liegenschaften zu nutzen. Dies macht durchaus Sinn, denn pro Tag fallen dort rund 10'000 Kubikmeter Wasser mit Temperaturen zwischen 10 und 20 Grad an – der eigentliche Rohstoff für den Fernwärmering. Aktionäre der Wärme Frauenfeld AG sind die Stadt Frauenfeld bzw. deren Werkbetriebe mit einem Anteil von 48 %, das Stadtwerk Winterthur mit 32 % und der Abwasserverband der Region Frauenfeld mit einem Anteil von 20 %. Alle Beteiligten brachten und bringen nebst ihrer Beteiligung auch viel Fachwissen in die AG ein. Ihnen war klar, dass dieses Projekt nicht unbedingt eine Goldgrube wird, aber zumindest kostenneutral und selbsttragend zu realisieren sein müsste. Die Investitionskosten des Fernwärmerings von 14,5 Mio. Franken stehen doch in einem Missverhältnis zum Aktienkapital von nur 625'000 Franken. Das ergibt eine Eigenkapitalquote von gerade mal 4,3 %. Einerseits ist die Wärme Frauenfeld AG damit massiv unterkapitalisiert, andererseits ist die zu erstellende Infrastruktur sehr kostspielig. Damit ist die AG auf Fremdgelder in Form von Krediten und Darlehen, aber auch auf genügend Kundschaft angewiesen. Hier finden wir den Kern der drei aktuellen Hauptprobleme der Wärme Frauenfeld AG.

Problem Nr. 1: Ein sogenannter kalter Fernwärmering, wie er mit der Abwärme der ARA erstellt wurde, bringt in der Anfangsphase hohe Investitionen mit sich und rechnet sich nur langfristig. Die potenzielle Anzahl Anschlüsse wurde zum Zeitpunkt der Gründung zu optimistisch eingeschätzt. Das Angebot findet zurzeit zu wenig Abnehmer. Bisher wurden ein Teil der kantonalen Liegenschaften, der Wohnpark Promenade und die Werkbetriebe angeschlossen. Andere mögli-

che Kunden haben abgesagt oder den Entscheid vertagt. Ein Anschluss an die Badi Frauenfeld wird erst mittelfristig nach deren Sanierung aktuell.

Problem Nr. 2: Ein Hauptgrund für die schlechte Nachfrage nach Fernwärme sind die aktuellen Überkapazitäten auf dem Energiemarkt, welche auf die Margen der Versorger drücken. Die Wärme Frauenfeld AG produziert zu Kosten von 19 bis 24 Rappen pro Kilowattstunde, das ist zurzeit etwa das Doppelte von dem, was konventionelle Energieträger wie Öl oder Gas kosten. Kein Wunder, dass potenzielle Grossabnehmer dafür nicht gerade Schlange stehen und auch kein Wunder, dass sich damit der Break Even Point um Jahre weiter nach hinten verschiebt, weshalb die Wärme Frauenfeld AG rote Zahlen schreibt.

Problem Nr. 3: Als Folge der dünnen Eigenkapitaldecke und wegen der zu geringen Einnahmen ist die Wärme Frauenfeld AG in eine finanzielle Schieflage geraten. Damit ist der Einsatz von Fremdkapital zur Sicherstellung der Liquidität nötig. Die Wärme Frauenfeld AG ist aber kein städtischer Betrieb, sondern eine selbstständige Aktiengesellschaft im freien Markt, an welcher die Stadt beteiligt ist. Deshalb sind die Bedingungen für die Kreditvergabe genauso strikt wie für jedes andere private Unternehmen. Die Probleme sind somit bekannt. Kommen wir zu den möglichen Lösungen:

Einige Varianten zeigt der stadträtliche Bericht bereits auf. Die GPK wird diese jedoch heute nicht bewerten. Es ist die prioritäre Aufgabe des Verwaltungsrats, die weiteren Handlungsmöglichkeiten der Wärme Frauenfeld AG zu prüfen und den Aktionären geeignete Vorschläge für die weitere Strategie zu unterbreiten. Aus GPK-Sicht wurden die Fragen aus der Motion Geiges/Hausammann mit dem vorliegenden Bericht grösstenteils beantwortet. Allerdings wirft er auch neue Fragen auf. Die Abgeltung der Durchleitungsrechte ist beispielsweise noch nicht schlüssig beantwortet. Auch liegen der GPK noch kein Betriebskonzept, keine Geschäftsabschlüsse oder Jahresberichte der Wärme Frauenfeld AG vor. Stadtrat Huber hat zugesagt, diese Informationen zuhanden der GPK noch nachzureichen bzw. abzuklären. Soviel zur aktuellen Situation.

Nochmals eine kurze Rückblende: Weshalb wurden der Gemeinderat und die Bevölkerung bei der Gründung der AG nicht in den Entscheid miteinbezogen? Als Begründung wurde aufgeführt, dass ein Durchlaufen des kompletten politischen Prozesses zu lange gedauert hätte. Der Stadtrat macht geltend, damals unter hohem zeitlichem Druck gehandelt zu haben, da sonst das kantonale Regierungsgebäude und die grosse Wohnüberbauung auf dem Huber-Areal als Grosskunden verlorengegangen wären. Im Nachhinein betrachtet vielleicht ein Fehler. Fraglich ist jedoch, ob Gemeinderat und Volk zum damaligen Zeitpunkt nicht gleich wie der Stadtrat entschieden hätten ... hätte, wäre, könnte, würde? Mit dem Engagement der Stadt in die Wärme Frauenfeld AG hat die Stadt zwar im Rahmen ihrer finanziellen Kompetenzen gehandelt, jedoch mit einer etwas wackligen gesetzlichen Grundlage. In Anbetracht der finanziellen Verstrickung in die Liquiditätsprobleme der Wärme Frauenfeld AG zeigt sich heute, dass der Einbezug von Gemeinderat und Bevölkerung in diesen Entscheid von Anbeginn weg hätte stattfinden müssen. Die heute gewählte Spezialkommission des Gemeinderats wird sich mit diesem Thema im Detail auseinandersetzen und für künftige ähnliche Vorhaben der Stadt konkrete Rahmenbedingungen ausarbeiten. Die GPK sieht den vorliegenden Bericht zur Wärme Frauenfeld AG als ersten Schritt zu einer verbesserten Information des Stadtrats an den Gemeinderat. Wichtig ist es, und das sieht auch der zuständige Stadtrat so, dass die Kommunikation in Sachen Wärme Frauenfeld AG künftig schneller, besser und vor allem transparenter erfolgen muss. Die GPK hat einstimmig drei Beschlüsse gefasst.

1. Sie nimmt den Bericht des Stadtrats zur Wärme Frauenfeld AG zur Kenntnis.
2. Die Kenntnisnahme ist mit der erfolgten Diskussion innerhalb der GPK verbunden, welche an der Gemeinderatssitzung zusammengefasst wird.
3. Die GPK erwartet vom Stadtrat eine inhaltliche Ergänzung, aus welcher ersichtlich wird, wie künftig die Berichterstattung aussehen soll.

Besten Dank.

Gemeinderat Herbert Vetter, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Auch unsere Fraktion hat den Bericht zur Wärme Frauenfeld AG eingehend studiert. Der Bericht zeigt auf, was wie abgelaufen ist. Eine frühere Information wäre auch aus unserer Sicht angebracht gewesen. Von der Sache her finden wir das Projekt innovativ und gut. Private würden so ein Projekt aus wirtschaftlichen Gründen wohl eher nicht starten. Die Stadt ist jedoch nicht auf einen möglichst schnellen Gewinn aus. Und schliesslich ist die Energiewende nicht zum Nulltarif zu haben. Dass die Energiepreise so tief sinken, konnte nicht erwartet werden. Trotzdem finden wir, dass die finanziellen Risiken etwas zu harmlos eingeschätzt wurden. Man wollte vielleicht etwas zu schnell etwas Gutes machen und hat die möglichen Szenarien zu wenig berücksichtigt. Ein sauberer Businessplan wäre womöglich hilfreich gewesen. In Bezug auf die Handlungsmöglichkeiten sind wir bei den Szenarien betreffend Kreditkosten und Liquidität dafür, dass die Stadt bzw. die Werkbetriebe den Lead behalten. Man könnte den Stadtrat nun tadeln, aber wir alle wissen, es besteht bei solchen Entscheiden immer ein gewisses Risiko, und wie heisst es so schön: Wer nichts wagt, gewinnt nichts. Wie eingangs erwähnt, finden wir den Wärmering eine gute Sache, und nur weil jetzt etwas Turbulenzen aufgetaucht sind, sollte man das Projekt dennoch weiter vorantreiben und nicht schlechreden. Wir sind überzeugt, dass der Wärmering in Zukunft auch gerade unter Berücksichtigung einer Vollkostenrechnung gut herauskommt. Unsere Fraktion hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Marcel Epper, Referent der Fraktion CVP/EVP: Auslöser für den vorliegenden Bericht war bekanntlich die Motion der Gemeinderäte Geiges und Hausammann, welche wir in unserem Rat erheblich erklärt haben. Unsere Fraktion ist nach wie vor der festen Überzeugung, dass diese Motion notwendig war, um überhaupt den heutigen Bericht vorliegen zu haben. Der Bericht ist nach unserer Beurteilung ausführlich ausgefallen und thematisiert durchaus auch problematische Punkte mit Offenheit. Der Bericht zeigt die grundsätzlichen Stärken und Chancen, aber auch die Schwächen und Risiken des kalten Fernwärmerings in seiner Entstehungsgeschichte und aus heutiger Sicht. Die Gründung der Wärme Frauenfeld AG im Jahr 2012 war nicht zuletzt eine Reaktion auf die vom Bund damals aus meiner Überzeugung übereilt proklamierte Energiewende. Wenn wir heute über die Wärme Frauenfeld AG diskutieren, müssen die damaligen Entscheide des Stadtrats auf dem Hintergrund dieser Ereignisse gesehen werden. Im Nachhinein ist man oft gescheiter. Gleichzeitig warne ich hier aber davor, die Wärme Frauenfeld AG verbal zu zerreißen, weil wir damit deren operative Geschäftstätigkeit im heutigen Marktumfeld zusätzlich erschweren würden und dies kann nicht Sinn und Zweck dieses Berichts und dieser Motion sein. Aufarbeitung der politischen Fehler und die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind das eine, die Wärme Frauenfeld AG in eine positive und finanziell stabile Zukunft zu führen, aber das andere. Dies ist meiner Überzeugung nach genauso wichtig.

Der vorliegende Bericht ist in seiner Gesamtwürdigung eine erste und gute Auslegeordnung, auf welche in der weiteren politischen Debatte und Aufarbeitung aufgebaut werden kann. Damit ist es nach der Überzeugung unserer Fraktion aber nicht getan. Im Bericht fehlen vielmehr Ausführungen zur aktuellen Finanzlage und zu den wesentlichen Kennzahlen, um das tatsächliche finanzielle Risiko für die Stadt Frauenfeld und damit letztlich für uns Steuerzahler abschätzen zu können. Es müssen zusätzlich in einem nächsten Schritt zumindest der aktuelle Geschäftsbericht

mit Bilanz und die Erfolgsrechnung der Wärme Frauenfeld AG offengelegt werden, um sich auch hierzu ein besseres Bild machen zu können. Der vorliegende Bericht stellt aber in jedem Fall einen wichtigen ersten Schritt zur Herstellung der nötigen Transparenz dar.

Unsere Fraktion ist im Weiteren nicht davon überzeugt, dass der Stadtrat hier seine Finanzkompetenzen bei der Gründung der AG tatsächlich überschritten hat, wie dies die Meinung des einen oder anderen Gemeinderats ist. Der Stadtrat hat aber mit Bestimmtheit die politische Dimension und die finanziellen Risiken unterschätzt, welche durch die Gründung einer solchen privatrechtlichen AG entstehen können und vorliegend eben auch entstanden sind. Es wird Aufgabe der heute gewählten Spezialkommission sein, für die Zukunft klare Spielregeln bei der Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte aufzuzeigen, damit solches nicht mehr geschieht. Im Nachhinein betrachtet wäre es wohl besser gewesen, wenn der Gemeinderat bereits bei der Gründung der AG in den politischen Prozess – ich betone, in den politischen Prozess – einbezogen worden wäre. Damit wäre zumindest die politische Legitimation zur Gründung dieser AG breiter abgestützt gewesen. Allenfalls hätte das Geschäft sogar dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Ob der Entscheid aber zur Gründung der AG damals – und nicht heute – anders ausgefallen wäre, ist fraglich. Gemäss Botschaft hat der Stadtrat auf jeden Fall erkannt, dass die Informationspraxis zur Wärme Frauenfeld AG gegenüber dem Gemeinderat zukünftig deutlich verbessert werden muss.

Rückwirkend betrachtet ist es mit dem Wissen von heute immer relativ einfach zu behaupten, die finanziellen Kapital- und Liquiditätsprobleme seien bereits damals voraussehbar gewesen. Ob dem so ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Viel entscheidender ist für unsere Fraktion die Frage, wie es mit der Wärme Frauenfeld AG weitergehen soll und wie die anstehenden Probleme zu lösen sind. Hier ist entsprechend der Entscheidungshierarchie in erster Linie der Verwaltungsrat als strategisches Organ der AG gefordert und in der Verantwortung. Dieser muss strategische Massnahmen und Lösungen entwickeln, um die Wärme Frauenfeld AG auf finanziell stabile Füsse zu stellen und nachhaltig zu betreiben. Der Stadtrat seinerseits muss als Aktionär Einfluss auf diesen Prozess nehmen und hier die Interessen der Stadt Frauenfeld vertreten. In diese wiederum politische Entscheidungsfindung des Stadtrats ist der Gemeinderat rechtzeitig und vorausschauend einzubeziehen. Gefordert ist vom Stadtrat folglich gegenüber dem Gemeinderat eine transparente und zeitgerechte Kommunikation entsprechend den anstehenden Handlungsfeldern. Ob die anzustrebende Lösung letztlich darin bestehen wird, dass die Werkbetriebe das Leitungsnetz der AG übernehmen, wie dies im Bericht beispielsweise angesprochen wird, kann meiner Ansicht nach zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden. Hier fehlen mir – und ich denke auch Ihnen allen – die nötigen Fakten und das Detailwissen dazu. Im Sinn des Gesagten hat unsere Fraktion den Bericht zur Wärme Frauenfeld AG zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im Namen der Motionäre: Ich erlaube mir als Motionär, zwischen den Referenten der Fraktionen zu sprechen. Ich spreche im Namen des Mitmotionärs Peter Hausammann und mir zum Bericht der Wärme Frauenfeld AG. Bevor ich zur Motion komme, gestatten Sie mir als Motionär ein paar Emotionen.

Als aktiver Gemeinderat von Frauenfeld erlebe ich die Kommunikation unseres Stadtrates wie folgt; Beim Bearbeiten von Vorstössen im Bereich Verkehr, höre ich immer den Satz: "Der Stadtrat wird dann eine politische Beurteilung machen!" Bei der Fernwärme hat man dieses Problem mit Schweigen gelöst. Ob so Lösungen entstehen, bezweifle ich und die heutige Situation gibt mir auch Recht! Denn, wenn ich selber nach Fakten suchen muss, kann es auch sein, dass man am Schluss verschiedene Aussagen hat und dies ist auch nicht im Sinn des Bürgers.

Nun zur Wärme Frauenfeld AG, welche seit dem 31. August 2012 existiert. Ich reichte am 15. Januar 2014 eine einfache Anfrage ein. Ziel dieser Anfrage war es, den Stadtrat aufzuwecken und zu zeigen, dass hier einige Gemeinderäte Bedenken gegenüber diesem Projekt haben. – Leider wurde ich abserviert!

Zum Beispiel auf die Frage, "Welches sind die Risiken dieser Contracting-Gesellschaft, und wer trägt sie?", bekam ich folgende Antwort (Zitat): "Das maximale Risiko für die ganze Gesellschaft besteht im Verlust des Aktienkapitals (Franken 625'000). Für die Stadt Frauenfeld beträgt dieses Risiko anteilmässig maximal 300'000 Franken und wird intern durch die Werkbetriebe Frauenfeld getragen. Mit den am 27. Januar 2012 beziehungsweise 19. Juni 2012 abgegebenen Absichtserklärungen von Seiten Kanton und Stadt Frauenfeld, alle geeigneten Liegenschaften an den Wärmering anzuschliessen, ist die Basis geschaffen, dass der Wärmeverbund wirtschaftlich erfolgreich betrieben werden kann." – Die Antwort im heutigen Bericht lautet anders, wie sie selber wissen. GR Peter Hausammann und ich sind entschlossen, uns so nicht abspeisen zu lassen. Für einmal war die Kombination von Bauunternehmer und Jurist die Richtige! Unsere zwei eingereichten Motionen vom 7. Januar 2015 wurden dank ihnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, am 18. Februar 2015 erheblich erklärt. – Herzlichen Dank!

Nach wie vor ist der Stadtrat der Meinung, seine Finanzkompetenzen nicht überschritten zu haben. Dazu können wir nur festhalten, dass der Stadtrat nicht nur Aktienkapital von Fr. 300'000.- ausgesprochen, er hat auch im gleichen Atemzug der Wärme Frauenfeld AG die Durchleitungsrechte erlassen, und somit einer privaten Firma ein Geschenk gemacht, welches aufzurechnen ist! Dieses Thema werden wir nun in einer Spezial Kommission regeln. Wenn ich bedenke, wie dieses und andere Themen inzwischen von unserem Stadtrat gehandhabt werden, und wie man als Gemeinderat einer Stadt Frauenfeld zum Teil für „nicht ernst genommen“ wird, so kann ich nur sagen: Gottfriedstutz, so geht es nicht!

Von den Emotionen nun zum technischen Teil: Hier möchten wir Motionäre klar festhalten: Wir haben nicht die Technik und nicht das Bauwerk in Frage gestellt. Im Gegenteil, als Baufachmann kann ich sogar sagen: „ Den Bau dieser Fernwärme haben die Verantwortlichen der Werkbetrieb gut, sogar sehr gut über die Bühne oder unter die Strasse gebracht. Kompliment!“ Auch gilt unsere Kritik nicht den dafür verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Im Gegenteil, wir bedanken uns hier für den Arbeitseinsatz. Nicht das Ziel sondern der Weg ist der falsche!

Nun zum Bericht zur Wärme Frauenfeld AG: Herzlichen Dank an Stadtrat Ruedi Huber, welcher uns mit viel Aufwand einen Bericht zur Wärme Frauenfeld AG präsentiert. Ein umfassender Bericht, welcher über vieles Auskunft gibt jedoch nicht über das Wesentliche! Nämlich das Eingemachte, die Bilanz, die Erfolgsrechnung und die Kalkulation! Das hätten wir, die Motionäre und sicher auch viele von Ihnen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, erwartet. – Schade! Haben wir Gemeinderäte doch die Möglichkeit beinahe überall Einblick zu bekommen. Ausgerechnet bei einer Schiefelage der Wärme Frauenfeld AG soll dies anders sein. Wenn man den Bericht studiert und den dazugehörigen Durena Bericht bei den Werkbetrieben gelesen hat. (Auch hier, schade, dass ich als Gemeinderat diesen Bericht im Areal der Werkbetrieb lesen muss!), kommen wir Motionäre, also der Bauunternehmer und der Jurist, fast zum gleichen Schluss: Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Stadtrat einen Alleingang gemacht hat und den Gemeinderat nicht mit ins Boot geholt hat ev. sogar das Volk. Die Finanzkompetenzen wurden extrem strapaziert. Die Wärme Frauenfeld AG hat ein grosses finanzielles Problem und dieses kann nur gelöst werden mit dem Gemeinderat und dies geht nicht ohne Detailzahlen wie Bilanz, Erfolgsrechnung und Kalkulation. Die gelieferte Fernwärme ist ein guter und vernünftiger Energieträger für Objekte, welche wenig Energie verbrauchen zB. Minergie Häuser. Wieso Objekte

wie Kasernen Areal und andere alte Liegenschaften zu interessanten Objekten erklärt werden ist nicht verständlich. Diese Objekte werden eher nicht abgerissen und können daher nicht auf den nötigen Energie Level gehoben werden. Die Kosten sind auch mit den genannten Zahlen von 19 bis 24 Rp/KWh im Vergleich zu anderen Wärmeverbunden sehr teuer. Eine Anschlusspflicht über den Energierichtplan kommt für uns zurzeit nicht in Frage wegen dem schlechten Kosten/Nutzen Verhältnis. Unsere favorisierte Lösung ist eine Integration der Wärme Frauenfeld AG in die Werkbetriebe. Dies würde eine Zusammenarbeit mit Abwasserverband und Winterthur nicht im Wege stehen. Eine stichhaltige Begründung, wieso eine Zusammenarbeit mit Winterthur angestrebt wurde und nicht mit kantonsinternen Unternehmungen wie das EKTH, fehlt. Der Bericht gibt wenig darüber Auskunft, was wieviel kostet. Es ist aber ersichtlich, dass mehrheitlich öffentliche Gebäude betrieben werden. Was kostet uns dies als Steuerzahler der Stadt Frauenfeld und des Kantons Thurgau?

Meine Damen und Herren der Legislative der Stadt Frauenfeld, wir, die Motionäre, nehmen den Bericht mit diesen Worten zur Kenntnis. Das ist der Anfang jedoch bei weitem nicht das Ziel! Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Ich kann mich meinen Vorrednern weitgehend anschliessen. Dies betrifft zum einen den Dank an die Verfasser des Berichts, der Bericht ist nützlich und umfassend, und Gratulation zum Mut, er spricht auch heikle Themen an, insbesondere die Probleme mit der Kapitalbeschaffung. Offenbar ist das Unternehmen nicht in der Lage, selbstständig zu vernünftigen Konditionen Kredite aufzunehmen, ohne dass die Stadt und der Kanton zusätzlich finanzielle Verantwortung übernehmen. Ebenfalls wurde schon gesagt, es fehlen gewisse Punkte oder gewisse Antworten, die wir uns im Bericht gewünscht hätten wie die finanzielle Situation, Details zu den Durchleitungsrechten oder die Entschädigung von Durchleitungsrechten, Details zur Zusammenarbeit mit den Werkbetrieben Winterthur und zur Tarifstruktur. Ebenfalls fehlt eine Antwort auf die Frage, wie der fehlende Einbezug von Gemeinderat und Volk nachträglich hätte abgemildert werden können. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es kein staatliches Handeln ohne möglichst konkrete gesetzliche Grundlage geben sollte und dass hier keine solche Grundlage gegeben war. Ausserdem zeigt die bisherige Geschichte, dass es bei dieser Investition nicht einfach um eine Ausgabe von 300'000 Franken ging, sondern um ein Engagement, das weitere Kosten und weitere Verantwortung mit sich bringt. Diese Verantwortung sollten wir wenigstens künftig möglichst breit abstützen. Der Bericht spricht auch über die Zukunft der Aktiengesellschaft. Für uns könnte eine vollständige Übernahme durch die Werkbetriebe, wie sie die Motionäre angedacht haben, eine sinnvolle Möglichkeit sein. Kritischer sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt das angedachte Unbundling respektive eine Übernahme nur der Grundinfrastruktur durch die Werkbetriebe. So hätten wir weiter die ganze Verantwortung, trügen aber zahlreiche Nachteile wie Doppelspurigkeiten, grösserer administrativer Aufwand, fehlende Kontrolle usw.

Vorläufig können wir folgendes Fazit ziehen:

1. Das Projekt ist ökologisch sinnvoll und auch problemlos technisch machbar.
2. Der Stadtrat traf keine Abklärungen über die staatsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen für die Gründung dieser Aktiengesellschaft.
3. Falls die Wärme Frauenfeld AG der Stadt tatsächlich keine Entschädigung für die Durchleitungsrechte bezahlt, wäre das ein Einnahmeverzicht, der gemäss Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung wie eine Ausgabe zu behandeln ist. Damit sind wir zusammen mit dem Aktienkapital auf jeden Fall über der stadträtlichen Kompetenz von 300'000 Franken und der Stadtrat hätte seine Kompetenz deutlich überschritten.

4. Es bestehen ernsthafte finanzielle Probleme. Diese Probleme waren teilweise vorhersehbar, zumindest der hohe Finanzbedarf, und sie sind teilweise auf die Idee, die Umsetzung in einer Aktiengesellschaft mit tiefem Aktienkapital zu vollziehen, zurückzuführen.
5. Der Stadtrat hat mit seinem Vorgehen ein *Fait-Accompli* geschaffen.

Wir brauchen heute offensichtlich frisches Geld. Es stellt sich die Frage, wie es weitergeht. Wie gesagt, wir unterstützen es, wenn darüber nachgedacht wird, dass die Werkbetriebe das ganze Unternehmen übernehmen. Das wäre ein Befreiungsschlag. Mittels einer Botschaft an den Gemeinderat könnte die Grundsatzfrage gestellt werden, ob die Stadt dieses Fernwärmeprojekt will und ob sie bereit ist, das nötige Geld dafür aufzubringen. Wer noch Mitleid hat mit Winterthur: Natürlich könnte man die Zusammenarbeit mit den Werkbetrieben Winterthur oder mit dem Stadtwerk Winterthur auch in diesem Rahmen auf vertraglicher Basis weiterführen.

Gemeinderat Christoph Tschanen, Referent der Fraktion SVP/EDU: Vieles wurde gesagt, viel ausführlicher muss man nicht mehr werden. Wir nehmen kurz in fünf Punkten Stellung:

1. Die Gründung war auch aus unserer Sicht rechtens, doch wäre sicher mit einer auslösenden Investition von 14,5 Mio. Franken wünschenswert gewesen, wenn man es breiter abgestützt hätte und rückblickend ganz klar auch eine Entlastung für die heutige Diskussion.
2. Die politische Aufarbeitung ist notwendig und in diesem Prozess stecken wir ja bereits drin.
3. Der erste Schritt in Form eines öffentlichen Berichts und einer informativen Veranstaltung im Murg-Auen-Park wurde getätigt. Ich gratuliere an dieser Stelle zu diesen proaktiven Infos.
4. Wir fordern vom Verwaltungsrat bis im Spätherbst 2015 eine überarbeitete Strategie, zu welcher sich auch der Gemeinderat äussern kann. Beinhalten soll sie aber auch einen Zeithorizont, Zahlen und ein Worst-Case-Szenario.
5. Wir fordern den Verwaltungsrat im Weiteren auf, einen Einbezug vom Fonds für Alternativenergie zu prüfen, wobei dieser für uns klar nur zu überbrückenden Zwecken verwendet werden kann.

Wir sind gespannt auf die angepasste Strategie und sind überzeugt, dass der Verwaltungsrat diese Herausforderung meistern wird. Unsere Fraktion hat den Bericht somit auch zur Kenntnis genommen.

Gemeinderätin Ursula Duewell, Referentin der Fraktion FDP: Wir bedanken uns für den ausführlichen Bericht zur Wärme Frauenfeld AG sowie für die Veranstaltung über die aktuellen Herausforderungen im Bereich Wärmeversorgung. Studien belegen, dass die Nutzung des Abwassers der ARA als Wärmequelle für die Gebäudeheizung und das Brauchwasser im Frauenfelder Stadtgebiet Sinn macht. Das Risiko einer Konkurrenzierung der Privatwirtschaft ist auf der nur langfristig möglichen Rendite minim und ein solches Projekt ist für die Privatwirtschaft nicht interessant. Für die Beteiligung der Stadt spricht, dass die Werkbetriebe grosse Erfahrung im Leitungsbau, Pikett und Unterhalt haben. Zusätzlich sind sie mit der Marktöffnung im Gas- und Strombereich darauf angewiesen, ihr Angebot zu differenzieren und die Kundenbindung zu optimieren. Als problematisch erweist sich jedoch der hohe Kreditbedarf der Wärme Frauenfeld AG, der durch die Banken gedeckt werden muss. Erschwerend ist der Umstand, dass projektierte Einnahmen durch den Verkauf der Wärme wie zum Beispiel an die Badi erst später realisiert werden können. Tatsache ist, dass zum Zeitpunkt des Entscheids des Stadtrats die Energiepreise hoch waren und die Ereignisse von Fukushima ein Umdenken in der Energiepolitik eingeleitet haben. Durch die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Winterthur und ARA konnte wertvolles Know-how eingebunden werden und dies sollte auch weiterhin einbezogen werden. Wir sind für die Weiterführung der Wärme Frauenfeld AG. Wir möchten aber trotzdem festhalten, dass

es für uns nicht nachvollziehbar ist, dass im Businessplan nicht berücksichtigt wurde, dass eine private Aktiengesellschaft von den Banken bezüglich Kreditvergabe und höherer Zinsen nicht gleich behandelt wird wie die öffentliche Hand. Auch mit der Verzögerung der Badisanierung und der privaten Grossprojekte musste gerechnet werden. Faktisch wären nun die Aktionäre und somit die Stadt gezwungen, durch Erhöhung des Aktienkapitals zusätzliche Mittel einzubringen, damit der Fernwärmering weiterhin betrieben werden kann und die getätigten Investitionen nicht verloren gehen. Wir erwarten, dass der Gemeinderat regelmässig und umfassend über den Geschäftsgang der Wärme Frauenfeld AG informiert wird. Die Stadt Frauenfeld ist Aktionär und hat ein Anrecht darauf, den Geschäftsabschluss einzusehen und daher sollte dieses Recht auch dem Gemeinderat oder zumindest der entsprechenden GPK zustehen. Die Fraktion FDP hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Ruedi Huber: Zuerst möchte ich mich bei Ihnen allen für Ihre einmal mehr sehr fundierten, kritischen und eben doch auch wohlwollend objektiven Voten bedanken. Einmal mehr hat es der Frauenfelder Gemeinderat verstanden, ein schwieriges, heikles, sensibles Geschäft auf hohem Niveau zu behandeln. Auf diese Art und Weise ist es auch schön, Stadtrat in dieser Stadt zu sein. Ich war vor dieser heutigen Sitzung nicht ganz so ruhig.

Bevor ich zu meinem eigentlichen Votum komme, möchte ich doch noch eine der gemachten Aussagen richtigstellen. Gemeinderat Christ hat gesagt, wenn die Wärme Frauenfeld AG keine Durchleitungsrechte bezahlen würde, würde die Stadt auf Einnahmen verzichten und das wäre ein Einnahmenverzicht, welchen der Stadtrat beschlossen hätte. Ich habe entsprechende Abklärungen gemacht und es ist so, weder der Kanton noch die Stadt verlangt Geld für die Durchleitung von Versorgungsleitungen. Warum dies so ist, weiss ich auch nicht. Eine entsprechende Gesetzesgrundlage auf Stufe Stadt fehlt. Damit ist es nicht so, dass zu den 300'000 Franken, die für den Aktienkauf genehmigt wurden, noch ein zusätzlicher Einnahmeverzicht, was ja auch eine Ausgabe wäre, getätigt wurde. Aus unserer Sicht hat der Stadtrat nach wie vor seine Kompetenzen, zumindest im engeren Sinn, nicht überschritten.

Sie können mir glauben, es gibt Tage im Leben eines Stadtrats, welche man lieber auf dem Säntis als im Frauenfelder Bürgersaal verbringen möchte, nicht nur, weil es dort oben deutlich kühler ist als hier unten, sondern weil vom Säntisgipfel aus gesehen auch die zu bewältigenden Herausforderungen deutlich kleiner erscheinen. Es fällt mir auch etwas schwer, über die Wärmeversorgung zu sprechen bei 35 Grad Hitze draussen. Im Moment wäre unser Fernwärmering eigentlich ein Kühlring, es fliesst ja Wasser mit etwa 10 Grad in die Stadt hinauf. Aber die tiefen Temperaturen kommen hoffentlich wieder.

Der Stadtrat hat von Ihnen die Aufgabe erhalten, einen Bericht über das Projekt Wärme Frauenfeld AG zu erstellen. Dieser Bericht liegt Ihnen nun seit einigen Wochen vor und Sie haben diesen heute formell zur Kenntnis genommen. Aus unserer Sicht liefert der Bericht die wesentlichen Grundlagen, welche für eine politische Beurteilung des Projekts notwendig sind. Die Geschichte des Projekts, die Chancen und auch die Risiken sind offen kommuniziert worden. Die Businessplangrafik auf Seite 14 zeigt auch auf, wo die finanziellen Probleme der Firma liegen, wo die Durststrecke ist und die Firma ist im Moment auch etwa dort, wo die Grafik ist. Alle Details konnten wir aber leider nicht in den Bericht einbauen. Nicht weil er zu lange geworden wäre, es hat andere Gründe. Ich kann den Unmut einiger Gemeinderäte verstehen, man hat ja dann rasch wieder das Gefühl, jetzt wollen die wieder etwas verstecken. Es ist aber überhaupt nicht so, dass der Stadtrat bewusst etwas verstecken wollte. Der Grund für die Zurückhaltung in gewissen Punkten ist, dass die Wärme Frauenfeld AG eben eine privatrechtliche Firma ist, bei welcher die Rechte und Pflichten der Vertragspartner wie bei allen anderen Aktiengesellschaften

vertraglich geregelt sind. Hätten wir in unserem Bericht vertrauliche Detailinformationen unseres Partners Stadtwerk Winterthur preisgegeben, so hätte uns die Stadt Winterthur rechtlich belangen können. Auch hätte das Risiko bestanden, das potenzielle Kunden der Wärme Frauenfeld AG verunsichert worden wären. Ein Antrag auf Entbindung von der Vertraulichkeitsklausel war bis vor Kurzem chancenlos, weil Winterthur auch noch vor einer wichtigen Abstimmung betreffend Finanzierung von Energieprojekten stand. Diese Abstimmung ist jetzt erfolgt und positiv ausgegangen. Jetzt sieht natürlich die Situation auch wieder etwas anders aus. Ich denke, noch mehr Offenheit dürfte jetzt wieder eher möglich sein.

Bei der Aufarbeitung des Berichts Wärme Frauenfeld AG muss auch berücksichtigt werden, welches Organ welche Rolle zu spielen und wer welche Verantwortung zu tragen hat. Für das operative Geschäft ist vor allem der Geschäftsführer in der Verantwortung, für die Geschäftsstrategie der Verwaltungsrat, die politische Verantwortung haben die Aktionäre, im engeren Sinn der Stadtrat und die Aufgabe des Gemeindeparlaments ist es, die Tätigkeit des Stadtrats zu überwachen. Das machen Sie heute.

Der vorgelegte Bericht – ich sage es noch einmal – liefert aus unserer Sicht die für diese Ebene notwendigen Informationen. Anders würde oder wird es vielleicht einmal aussehen, wenn das Gemeindeparlament aktiv mithelfen muss oder müsste, die Liquiditätsprobleme des Unternehmens zu lösen. Dann ist zumindest für mich klar, dass in einem solchen Fall die Vertraulichkeitsklausel eventuell aufgehoben werden muss, damit das Parlament alle notwendigen Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung hat, damit es sauber arbeiten kann. Momentan sind wir aber noch nicht so weit. Heute geht es um die Kenntnisnahme des Berichts und um dessen politische Aufarbeitung. Dazu möchte ich noch einige Worte verlieren.

Sie haben recht. Heute würde es uns Stadträten wohl etwas besser gehen und ich hätte die eine oder andere Nacht vermutlich besser geschlafen, wenn vor Inangriffnahme des Projekts das Parlament und anschliessend das Volk befragt worden wären. Wenn wir das Rad der Zeit noch einmal um fünf Jahre zurückdrehen könnten, würden wir dies jetzt gerne tun. Rückblickend würden wir wohl tatsächlich einiges anders machen. Unsere erste Lagebeurteilung würde weniger euphorisch oder optimistisch ausfallen. Man kann ja nicht gleichzeitig die Flexibilität einer AG haben, die war damals bis zu einem gewissen Punkt eben nötig, und gleichzeitig das tiefe Zinsniveau für Kredite, wie es eben die öffentliche Hand erhält. Wenn man privat ist, hat man auch die Nachteile zu tragen. Wir würden wohl länger abwägen und vorsichtiger entscheiden. Wir würden mehr Geld in die Hand nehmen, um zusätzlich zur Vorstudie ein detailliert ausgearbeitetes, definitives Projekt ausarbeiten zu lassen. Und um besser abgestützt zu sein und billigere Kredite zu erhalten, wie ich es schon erwähnt habe, würden wir wohl den sichereren, aber auch längeren Entscheidungsweg über das Gemeindeparlament und eine Volksabstimmung einschlagen. Und wir würden offener kommunizieren, es wäre auch einfacher, wenn alles in der öffentlichen Hand gewesen wäre und nicht in einer AG. Da hatten wir einfach gewisse Rücksicht zu nehmen. Wenn wir gewusst hätten, dass die Preise für fossile Energien nochmals derart in den Keller sausen würden und dass die Finanzlage unserer Stadt sich so rasch ändern würde, hätten wir das Projekt wohl nicht in Angriff genommen. Durch den Verzicht auf das Projekt Wärme Frauenfeld AG hätte der Stadtrat deutlich weniger Sorgen gehabt als jetzt, wo das Projekt zu einem grossen Teil schon steht. Aber dafür hätte der Stadtrat jetzt vielleicht auch ein deutlich schlechteres Gewissen. Er hätte ein schlechteres Gewissen, weil er darauf verzichtet hätte, im wirklich optimalen Moment einen wichtigen Mosaikstein im Kampf gegen die Klimaerwärmung – und diese können Sie ja im Moment spüren, während meiner Kantizeit gab es Hitzeferien ab 30 Grad und wir hatten genau einen Nachmittag Hitzeferien, heute haben wir andere Temperaturen, wir haben uns daran gewöhnt –, etwas zu unternehmen. Wir hätten ein schlechtes Ge-

wissen, weil der Stadtrat darauf verzichtet hätte, eine wirksame Massnahme zur Stärkung unserer Unabhängigkeit und Sicherheit umzusetzen. Derzeit kriegen wir ja die fossilen Energien zu verführerisch tiefen Preisen. Aber die meisten Lieferantenstaaten sind eher instabil und uns nicht immer nur wohlgesinnt.

Der Stadtrat ist ein Führungsorgan, und Führen heisst eben auch vorausschauen und zugunsten einer guten Zukunft auch gewisse Risiken in Kauf nehmen. Nur so kann sich unsere Gesellschaft weiterentwickeln. Vor vier Jahren hat der Stadtrat mit dem Kauf von Aktien bei der Wärme Frauenfeld AG einen unbestrittenermassen risikoreichen Führungsentscheid gefällt. Er hat aber dabei nie direkt gegen eine bestehende Vorschrift verstossen. Der mutige und rechtzeitige Entscheid des Stadtrats hat dazu geführt, dass wir jetzt in der Stadt Frauenfeld über eine vorbildliche Grundinfrastruktur verfügen, welche uns erlaubt, die grösseren Liegenschaften im Stadtzentrum und auch zukünftig entlang der bestehenden Wärmeleitung umweltschonend zu beheizen. Und er hat auch dazu geführt, dass der Kanton als Grosskunde gewonnen werden konnte, welcher mit dem guten Beispiel vorangegangen ist und nun einen grossen Teil seiner Bauten vorbildlich mit Wärme aus dem Abwasser unserer ARA versorgt. Denken Sie daran, im Gegensatz zur Solarenergie ist diese Art der Wärmeversorgung nicht oder noch nicht subventioniert. Da muss die öffentliche Hand irgendwie vorbildlich vorgehen.

Wir haben so die Chance, dass zukünftig unsere Kläranlage und das Hallenbad es viel leichter haben werden, die vom Kanton geforderte Erhöhung der Energieeffizienz auch wirklich umzusetzen. Der Verwaltungsrat der Wärme Frauenfeld AG und auch der Stadtrat sind klar der Meinung, dass es Sinn macht, das Projekt Wärme Frauenfeld trotz der momentan tiefen Energiepreise, trotz der momentan nur langsamen Zunahme der Anschlussdichte, trotz der dadurch verursachten längeren finanziellen Durststrecke und trotz der im Gegensatz zur Solartechnik noch fehlenden Bundessubventionen weiterzuentwickeln. Ich habe manchmal Mühe, wenn ich in der Zeitung von Leuten, die sehr viel Subventionen von der öffentlichen Hand erhalten, den Vorwurf einstecken muss, dass wir Geld rauswerfen. Es ist einfach vielleicht eine andere Art des "Rauswerfens".

Den Grundsatzentscheid über eine nachhaltige Fortführung des Projekts will der Stadtrat zukünftig aber nicht mehr allein fällen. Sondern er will sich auf die Meinung des Parlaments und schlussendlich auch der Bevölkerung abstützen. Er will somit das nachholen, was er vor vier Jahren dem Gemeindeparlament vorenthalten hat. Der Verwaltungsrat der Wärme Frauenfeld AG ist bereits seit mehreren Monaten, bevor der Bericht gekommen ist, an der Arbeit gewesen, einen Weg zu finden, damit die Firma wieder auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden kann. Er hat am 1. Januar 2015 mit Urs Manser eine erfahrene Führungsperson zum Verwaltungsratspräsidenten gewählt und er ist auch intensiv daran, mögliche Varianten zur Lösung der Liquiditätsprobleme auszuarbeiten. Dabei muss er aber, und das kostet eben Zeit, die Interessen und Möglichkeiten aller Aktionäre ausgewogen berücksichtigen. Der jüngste positive Volksentscheid in der Stadt Winterthur betreffend Finanzierung von Energieanlagen eröffnet dabei neue interessante Möglichkeiten. Ziel ist es, dass der Verwaltungsrat seinen Aktionären schon bald einmal einen geeigneten Vorschlag für das weitere Vorgehen unterbreiten kann. Dann werden allenfalls der Stadtrat, das Gemeindeparlament und bei Bedarf auch das Volk die Weichen definitiv stellen müssen.

Ich komme zum Schluss: Grundsätzlich gibt es zwei Wege, welche eine Gesellschaft gehen kann. Sie kann in den Tag hineinleben, das ist heute übrigens modern, oder sie kann zugunsten einer guten Zukunft vorausschauend in die Weiterentwicklung investieren. Wir werden vermutlich erst in zehn bis zwanzig Jahren, wenn ich dann schon im Altersheim sitze, definitiv sagen

können, ob sich das Projekt Wärme Frauenfeld AG gerechnet hat. Aber eines ist jetzt schon klar: Das Projekt ist eine vorausschauende Investition in unsere Zukunft und damit auch eine grosse Chance für uns und vor allem auch für unsere Nachfahren. Ich jedenfalls bin fest davon überzeugt und jetzt danke ich Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Wünscht noch jemand aus dem Rat das Wort? – Das ist nicht der Fall. Die Diskussion ist erschöpft. Sie haben somit den Bericht zur Wärme Frauenfeld AG zur Kenntnis genommen.

17

BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; ANPASSUNG DES ZONENPLANS IM BEREICH DES AUSBILDUNGSZENTRUMS GALGENHOLZ

Die Ratspräsidentin: Die Botschaft Nr. 45 Anpassung des Zonenplans im Bereich des Ausbildungszentrums Galgenholz des Stadtrats vom 12. Mai 2015 steht uns zur Verfügung sowie das Protokoll der ersten Sitzung der GPK Bau, Werke, Anlagen vom 4. Juni 2015. Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, danach die Materielle Beratung und daraufhin werden wir über den Antrag auf Seite 6 der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden? – Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Eintreten

Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Die GPK ist einstimmig für Eintreten.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Gibt es weitere Voten aus den Fraktionen zum Eintreten? – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Materiellen Beratung.

Materielle Beratung

Gemeinderat Andreas Elliker, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: An der GPK-Sitzung informierte uns Stadtrat Urs Müller über die bevorzugte Zonenplanänderung. Der Kanton möchte im Bereich der Parzelle Nr. 50397 eine Zonenplanänderung von der Spezialzone Familiengärten in die Zone Öffentliche Bauten umzonen. Der Kanton beabsichtigt einen Erweiterungsbau des Ausbildungszentrums Galgenholz. Es ist eine strategische Absicht des Amts für Bevölkerungsschutz und der Armee, den Standort des Ausbildungsangebots im Bevölkerungsschutz zu erweitern. In der GPK gab es keine grosse Diskussion und die GPK ist einstimmig für die Anpassung des Zonenplans.

Die Fraktion SVP/EDU schliesst sich der Meinung der GPK an.

Gemeinderat Christoph Regli, Referent der Fraktion CVP/EVP: Es ist nicht nur erfreulich, dass wir wieder einmal ein unumstrittenes Geschäft haben, in dem die allseitigen Bedürfnisse befriedigt werden können und entsprechend während der Planaufgabe auch keine Einsprachen eingegangen sind. Schön, wenn man früh miteinander spricht. Noch erfreulicher ist aber, dass der Kanton sich für den Ausbau in Frauenfeld entschieden hat, einmal mehr sicher auch ein Indiz dafür, dass die Region Frauenfeld in diesem Bereich vorbildliche Arbeit leistet. Ein Dankeschön allen Beteiligten. Es handelt sich unseres Erachtens zwar nicht nur um eine geringfügige Fläche, aber wir sprechen für diese Zonenplanänderung dennoch gern ein überzeugtes Ja aus, weil es sich um eine vernünftige Lösung handelt. Unsere Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Gemeinderat Michael Lerch, Referent der Fraktion FDP: Die Vorlage wurde Ihnen durch meine Vorredner bereits kurz nähergebracht. Die Anpassung des Zonenplans im Gebiet Galgenholz warf in unserer Fraktion keine Wellen und wurde einstimmig angenommen. Die geplante Anpassung der Zonen macht aufgrund der heutigen Grundstücksform Sinn und ermöglicht eine sinnvollere Nutzung des Areals als Ausbildungszentrum für den Bevölkerungsschutz. Wir empfehlen Ihnen, dem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

Abstimmung: Der Antrag auf Seite 6 des Stadtrats Nr. 45 vom 12. Mai 2015 wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten nach Art. 4 des Baureglements bzw. Art. 32 der Gemeindeordnung.

18

BOTSCHAFT AN DEN GEMEINDERAT; ZUSTIMMUNG STELLENPLANERWEITERUNG GEMÄSS KONZEPT CASINO 2015+ FÜR NEUANSTELLUNG BEREICHSLEITUNG AB 2015

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Zu Ihrer Verfügung stehen die Botschaft Nr. 46 vom 19. Mai 2015 des Stadtrats und das Protokoll der ersten Sitzung der GPK Bau, Werke, Anlagen vom 4. Juni 2015, sowie das bereits genannte lachsfarbene Papier mit der Änderung des Antrags auf Seite 10 der Botschaft. Ich wiederhole diese Änderung noch einmal: "Der Stellenplan Erweiterung gemäss Konzept Casino 2015+ für die Neuanstellung einer Bereichsleitung bei einem Arbeitspensum von 80 bis 100 Prozent ab 2016 wird zugestimmt".

Eintreten

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Das sehr verdiente Pächterehepaar Weber tritt demnächst in den Ruhestand. Das Casino braucht zwingend eine neue Führung. Die GPK ist dementsprechend einstimmig für Eintreten auf das Geschäft.

Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der Fraktion SVP/EDU: Wir danken dem Stadtrat für diese Botschaft. Für einmal wird eine Stellenerweiterung nicht einfach im Budget vorbeigeschleust, sondern mit einer Botschaft als einzelnes Geschäft beraten. Unsere Fraktion ist für Eintreten.

Gemeinderat Fredi Marty (Mprof): Eintreten auf dieses Geschäft ist unbestritten. Dennoch bin ich unangenehm überrascht, dass der Stadtrat dem Gemeinderat beantragt, einer Stellenplanerweiterung gemäss Konzept Casino 2015+ zuzustimmen. Dass die zuständige Geschäftsprüfungskommission diesem Antrag gefolgt ist, erstaunt mich noch mehr, insbesondere die Bereitschaft, eine Bereichsleitung mit einem Arbeitspensum von 80 bis 100 % anzustellen. Meinem Wahlversprechen folgend bin ich wegen der unsicheren Wirtschaftslage und der Finanzlage der Stadt mit dem Budgetdefizit bis auf Weiteres für einen strikten Personalstopp bei der Stadtverwaltung. Ich werde daher in der anschliessenden Materiellen Beratung einen entsprechenden Antrag stellen.

Die Ratspräsidentin: Eintreten ist stillschweigend genehmigt.

Materielle Beratung

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der GPK Bau, Werke, Anlagen: Die GPK hat sich eingehend mit der Stellenplanerweiterung und mit dem Konzept Casino 2015 auseinandergesetzt. Grundlage dafür bildete die sehr ausführliche und hervorragend formulierte Botschaft. Das Protokoll unserer GPK-Sitzung vom 4. Juni 2015, für das ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei unserer Ratssekretärin bedanken möchte, zeichnet das Bild einer intensiven Diskussion. Dies ist eigentlich recht bemerkenswert, denn das Grundanliegen, die Schaffung der neuen Bereichsleitung, war in der GPK grundsätzlich unbestritten. Trotzdem gab es Anlass für Diskussionen. Zum einen diskutierten wir nochmals grundsätzlich über die Notwendigkeit einer internen Lösung. In Ergänzung zur Botschaft konnten der zuständige Stadtrat und seine Mitarbeitenden die Argumente für diesen Entscheid nochmals schlüssig darlegen. Dann ging es uns um die Ausgestaltung der neuen Stelle. Die einen von uns verwiesen darauf, dass mit der neuen Stelle auch die Chance bestünde, das kulturelle Programm des Casinos zusätzlich zu schärfen und das Casino noch besser als Eckpfeiler des Kulturlebens in der Stadt zu verankern. Andere hofften vor allem auf eine Person, die auch mitanpacken kann, die Synergien mit dem Bühnenwart nutzen kann und die nicht nur als Manager in "Lackschuhen" auftritt. Am liebsten wäre uns allen in der GPK ein Tausendsassa oder eine Tausendsassa, die beide Seiten unter einen Hut bringen kann. Schliesslich ging es um die Bemessung des Pensums. Auch wenn die Herleitung der 80 % grundsätzlich nachvollziehbar ist, so bleibt doch ungewiss, ob dieses Pensum künftig passen wird oder nicht. Bei diesem Systemwechsel ist ein Stück weit auch Raten dabei. Im Hinblick auf mehr Flexibilität bei der Stellenausschreibung oder bei der Suche nach einer geeigneten Person und bei der Ausgestaltung der künftigen Stelle stellen wir deshalb den Antrag, den stadträtlichen Antrag auf Seite 10 der Botschaft wie folgt zu ändern: „Der Stellenplanerweiterung ge-

mäss Konzept Casino 2015+ für die Neuanstellung einer Bereichsleitung bei einem Arbeitspensum von 80 bis 100 % ab 2016 wird zugestimmt.“ Wir sind überzeugt, wenn man es so ausschreibt, dass man mehr Chancen hat, eine geeignete Person zu finden, und dass man dann auch flexibler bei der Ausgestaltung und der Führung des Casinos ist. Diese mögliche Erweiterung auf 100 % ist allerdings von uns her an die Erwartungshaltung gebunden, dass die entsprechende Lohnsumme für die zusätzlichen 20 % in anderen Bereichen, insbesondere im Bereich Aushilfen, später vielleicht, wenn ein neuer Bühnenwart angestellt wird, eingespart wird. Die Lohnsumme soll also nicht erhöht werden. Wir sind überzeugt, dass dem Casino auch mit dem neuen Konzept eine wichtige Rolle für das öffentliche Leben unserer Stadt zugutekommen wird. Wir empfehlen Ihnen mit 6 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung, die Anträge des Stadtrats inklusive unserer Ergänzung anzunehmen.

Gemeinderätin Monika Landert, Referentin der Fraktion SP/Gewerkschaft/JUSO: Wie schon gesagt, ist der Zeitpunkt günstig. Ende 2015 geht das Pächterehepaar im Casino in Pension, ein Jahr später wird auch das Bühnenwartehepaar pensioniert werden. Ein guter Zeitpunkt, um das Konzept im Casino grundsätzlich zu überdenken und allenfalls an die heutigen Bedürfnisse anzupassen. Auch die Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO hat mit grosser Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass wir zu dieser Botschaft eine ausgezeichnete Analyse von Claudia Bühler mitgeliefert bekommen haben. Diese Analyse, in der viel Arbeit drinsteckt, fasst alle notwendigen Informationen gut und übersichtlich zusammen und bietet eine ideale Grundlage für die Entscheidungsfindung. Herzlichen Dank dafür. Es wäre schön, wir hätten bei allen Botschaften des Stadtrats so viele Informationen vorliegen. Wie schon gesagt, wenn man am Konzept des Casinos etwas ändern will, ist das jetzt die richtige Gelegenheit. Natürlich kostet das Konzept Geld, doch sind die jährlichen Mehrkosten von etwa 50'000 Franken im Verhältnis zum Gesamtbudget ein Betrag, der zu verschmerzen ist. In unserer Fraktion wurde auch darüber diskutiert, dass für die Behauptung, man würde keinen passenden Pächter finden, da es heute wohl wenig solche Universalfachleute gäbe, keine wirklichen Belege aufgeführt sind. Trotzdem überwiegt bei uns ganz klar die Sicht, dass das neue Konzept Chancen bietet. Zum einen würde durch die geplante Stellenplanerweiterung der gesamte Betrieb des Casinos in den Händen der Stadt liegen, und das böte eine Kontinuität, die gerade im Eventbereich wichtig ist. Zum andern bietet das neue Konzept für den potenziellen Kunden auch mehr Freiheiten und ein flexibleres Angebot. So kann er den Caterer bei Bedarf selber auswählen oder sich etwas Eigenes organisieren, was langfristig hoffentlich auch dazu führt, dass das Casino als Eventort noch attraktiver werden wird. Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Lachsfarbenen Papier: Wir von der SP sind der Meinung, dass es durchaus möglich ist, einen Betriebsleiter oder eine Betriebsleiterin auch für eine 80%-Anstellung zu finden. Gerade in der heutigen Zeit, wo verschiedenste Familienformen anzutreffen sind, ist es sinnvoll, nicht nur 100%-Jobs auszuschreiben. Wir finden den Antrag aber auch in der vorliegenden Form akzeptabel und werden ihm einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Philipp Geuggis, Referent der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP hat sich intensiv über den Inhalt der Botschaft betreffend Stellenplanerweiterung Casino ab 2016 beraten. Wir bedanken uns für die ausführliche Botschaft und das sorgfältig erarbeitete und umfassende Konzept Casino 2015+. Die Fraktion FDP bedauert, dass keine Pächterlösung für die Zukunft gefunden wurde, und steht einer zusätzlichen Stelle grundsätzlich ablehnend gegenüber. Daher wurde auch bemängelt, dass nicht aktiv nach einem neuen Pächter gesucht und direkt auf die Variante Bereichsleitung gesetzt wurde. Das Konzept gibt zwar Auskunft über die teilweise schwierige Situation des Pächters, insbesondere im Bereich der Anlässe ohne Catering, was allerdings ein neuer Pächter, der allenfalls auch neue Ideen einbringt, nicht ausschliesst. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wieso der Grundsatzentscheid nicht früher gefällt und der jetzt vorhandene Zeit- und Entscheidungsdruck nicht verhindert wurde. Auf der anderen

Seite sieht die Fraktion FDP durchaus die Vorteile der Lösung Bereichsleitung, die im Bereich der internen Schnittstellen, der Organisation und Führung und den beschriebenen Kundenvorteilen liegen. Ob sich allerdings eine Person finden lässt, welche diese Anforderungen für die neue Stelle erfüllt, bleibt abzuwarten. Die Kombination von einem Macher, der bei Bedarf körperlich anpackt, und einem Vermarkter, der Beziehungen knüpft und für ein attraktives Programm im Casino sorgt, ist aus unserer Sicht nicht leicht zu finden. In diesem Zusammenhang kam auch die Frage auf, ob es nicht sinnvoller wäre, die neue Stelle im Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung anzusiedeln, die sich bereits mit Marketingaufgaben beschäftigt. Einzelne Fraktionsmitglieder sahen auch eine Gefahr darin, dass die Stelle im Fixlohn entschädigt wird. Anders als bisher der Pächter, der ein existenzielles Interesse daran hatte, möglichst viele Anlässe ins Casino zu holen, fällt im Fall einer Bereichsleitung die finanzielle Motivation weg. Aufgrund der Geschichte des Casinos Frauenfeld ist die neue Stelle der Bereichsleitung trotzdem der nächstlogische Schritt. Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass das Casino anscheinend ohne die Unterstützung der Stadt nicht kostendeckend betrieben werden kann. Weil die Fraktion FDP der Ansicht ist, dass das Casino Frauenfeld erhalten werden soll und für eine Stadt dieser Grösse durchaus einen Stellenwert hat, beissen wir in den sauren Apfel. Die Fraktion FDP wird dem Antrag gemäss dem lachsfarbenen Papier der GPK Bau, Werke, Anlagen daher einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der Fraktion SVP/EDU: Obwohl unsere Fraktion Stellenenerweiterungen kritisch hinterfragt, sind wir für den Systemwechsel und unterstützen somit grossmehrheitlich auch die neue Stelle Bereichsleiter Casino. Richard Weber wird pensioniert. Einen geeigneten Pächter zu finden, ist äusserst schwierig. Bei einem neuen Pächter müsste auch die Küche saniert werden. Mit der neuen Organisation kann der Saal mit dem Catering der Mieter betrieben werden, was wiederum neue Vereine oder Gesellschaften ins Casino bringen wird. Bei Anlässen von der Stadt erwarten wir, dass einheimische Caterer berücksichtigt werden. Wie weit die Caterer eine Abgabe leisten sollen, muss in der Gebührenordnung geregelt werden. Die 50'000 Franken Mehrkosten erachten wir als eine Schätzung, sie ist eine ehrliche Auflistung der Kosten, die Rechnung kann aber auch günstiger sein. Unsere Fraktion unterstützt den Vorschlag der GPK, die Stelle mit 80 bis 100 % auszuschreiben. Dies öffnet das Interesse für weitere Bewerber. Der Stadtrat kann also aus mehr Interessenten auswählen. Eine 80%-Anstellung finden wir bei diesem Job mit unregelmässigen Einsätzen problematisch. Es ist praktisch nicht möglich, dass man zum Beispiel immer am Donnerstag frei hat, an diesem Tag für die Familie da ist und der Partner oder die Partnerin einem anderen Job nachgeht. Andererseits kann man einem Stelleninhaber mit 80 % auch nicht verwehren, eine zusätzliche 20%-Stelle anzunehmen, womit dann die Flexibilität auch eingeschränkt würde. Wir erwarten aber, dass diese zusätzlichen 20 % den Gesamtaufwand nicht erhöhen und somit zum Beispiel bei den Aushilfen eingespart werden. Mit der Pensionierung des Bühnenwartehepaars Ende 2016 kann die Aufgabenverteilung nochmals angeschaut und allenfalls angepasst werden. Wir stimmen dem Antrag der GPK grossmehrheitlich zu.

Gemeinderätin Susanna Dreyer, Referentin der Fraktion CVP/EVP: In dieser Botschaft wird die Nachfolge des Ehepaars Weber behandelt. Sie sind noch bis Ende 2015 im Casino tätig, dann läuft ihr Pachtvertrag aus. Der Stadtrat hat sich über das „wie weiter?“ ausgiebig Gedanken gemacht. Der Auslöser dabei war, ob wieder ein Pächter gesucht wird oder ob es eine andere Lösung gibt. Dabei wurden zwei Varianten diskutiert, die eines Pächters oder die eines Bereichsleiters und das Konzept Casino 2015+ erstellt. Beim Studium dieser Botschaft sowie des Konzepts kristallisierte sich Variante 2 deutlich positiver heraus. Die Vorteile des Bereichsleiters überwiegen, da diese Variante noch viel Entwicklungspotenzial mit sich bringt. Die Fraktion CVP/EVP ist mit dem Stadtrat einer Meinung, dass es sinnvoller ist, einen Bereichsleiter zu su-

chen, der nicht nur Manager, sondern ein Multitalent ist, der auch in anderen Bereichen mitanpacken kann. Des Weiteren unterstützen wir den Vorschlag der GPK, dass diese Person für ein 80- bis 100%-Pensum gesucht werden sollte. Es muss dabei aber berücksichtigt werden, dass die Gesamtlohnsumme inklusive Aushilfe, technische Betreuung, Hauswart nicht höher sein darf, als in der Botschaft aufgeführt. Innerhalb dieser Lohnsumme kann man dann flexibel sein. In den allgemeinen Informationen auf Seite 9, Variante B, bei Catering steht geschrieben, dass als Massnahme eine Ausschreibung für allfällig interessierte Caterer vorgesehen ist. Es würden somit drei mögliche Caterer den Zuschlag erhalten und aus diesen dreien muss der Kunde wählen. Was ist aber, wenn der Kunde mit dieser Auswahl nicht zufrieden ist? Auf Seite 9 in der Botschaft steht auch: "Der Kunde hat eine Auswahl bei der Bewirtung (definierte Caterer)." Mit diesem Satz sind wir so nicht einverstanden. Denn wenn ein potenzieller Kunde weiss, dass er seinen eigenen Caterer mitbringen darf, bin ich überzeugt, dass wir damit einen grösseren Kundenkreis ansprechen. Dieser Kunde ist sicher auch bereit, die Mehrkosten, die entstehen, da dem Caterer in einer zwei- bis dreistündigen Instruktion die Infrastruktur gezeigt und erklärt werden muss, zu tragen. Unsere Fraktion wünscht, dass der Kunde, der einen Anlass im Casino feiern möchte, eine freie Wahl hat. Dazu erwarten wir von unserem Stadtrat Ruedi Huber eine Antwort für das Protokoll. Das Bühnenwartehepaar tritt per Ende 2016 auch altershalber zurück. Je nachdem, was für eine Person als Bereichsleiter gefunden werden kann, wird ein Bühnenmeister gesucht. Die Fraktion CVP/EVP hat dem Antrag des Stadtrats einstimmig zugestimmt.

Gemeinderat Benjamin Stricker, Referent der Fraktion CH/Grüne/GLP: Das Casino blickt auf viele Jahre engagiertes Wirken des bisherigen Pächterehepaars zurück. Der Stadtrat nimmt das pensionsbedingte Ende dieser Zeit nun zu Recht zum Anlass für eine Neuregelung von Organisation und Catering. Er begründet uns diese Systemänderung unseres Erachtens mit der vorliegenden Botschaft gut fundiert und nachvollziehbar. Die neue Stelle bedeutet eine Professionalisierung des Betriebs. Der Wunsch unserer Fraktion ist es deshalb, weil wir ja einen Tausend-sassa bekommen, dass die neue Führungsperson die Gelegenheit nutzen möge, das inhaltlich kulturelle Profil des Casinos zu schärfen. Der Einbezug des Kulturstättenamts und eventuell der Kulturkommission bei der Neubesetzung der Stelle wäre dafür unseres Erachtens zielführend. Im Sinn einer logischen Verwaltungsorganisation müsste ausserdem geprüft werden, ob das Casino als wichtige Kulturstätte nicht mittelfristig beim Kulturstättenamt angesiedelt werden sollte. Dies als Gegenanregung zu Kollege Geuggis. Die vorgeschlagene neue Stelle birgt Chancen und schafft neue Möglichkeiten, über deren Gestaltung wir angesichts der schön aufgearbeiteten turbulenten Geschichte des Casinos auch gern informiert würden. Wir erwarten deshalb in den kommenden Jahren ein geeignetes Reporting über die Aktivitäten der Bereichsleitung. Die Fraktion CH/Grüne/GLP unterstützt sowohl den Antrag des Stadtrats als auch den Änderungsantrag der GPK Bau, Werke, Anlagen einstimmig.

Gemeinderat Fredi Marty (MproF): Der Stellenplanerweiterung gemäss Konzept Casino 2015+ für die Neuanstellung einer Bereichsleitung ab 2016 kann ich nicht zustimmen. Stattdessen stelle ich folgenden Antrag:

Das Departement für Werke, Freizeitanlagen und Sport soll dafür besorgt sein, dass die Vermarktung und die Organisation der Benützung des Casinos ab 2016 weiterhin durch eine Pächterin oder einen Pächter wahrgenommen wird. Dieser Antrag stützt sich auf Art. 2 der Verordnung für das Casino Frauenfeld vom 17. Mai 2011, die ohnehin revidiert werden muss. Siehe auch Homepage der Stadt Frauenfeld.

Begründung:

1. Es ist nicht an der Zeit, den Stellenplan in irgend einem Departement der Stadtverwaltung zu erweitern. Das Budgetdefizit für das Jahr 2015, die weiteren budgetierten Defizite der Erfolgsrechnungen in der Finanzplanung 2016 bis 2018 von jeweils über 1,5 Mio. Franken sowie die unsichere Entwicklung der Wirtschaft sprechen gegen Neuanstellungen bei der öffentlichen Hand.
2. Gemäss Kostenschätzung auf Seite 8 der Botschaft schliesst die Variante "Bereichsleitung" wegen des Mehraufwands um rund 50'000 Franken schlechter ab als die Variante "Pächter".
3. Die langjährigen Erfahrungen mit dem Pächterehepaar Richard und Martha Weber kommen einer eigentlichen Erfolgsgeschichte gleich. Das Argument, der heutige Trend zur Spezialisierung erschwere es zunehmend, geeignete Pächter zu finden, überzeugt mich nicht. Wer sucht, der findet – sogar in Frauenfeld gibt es bekanntlich Interessenten. Ich sehe nicht ein, dass die Stadt ohne Not das Unternehmerrisiko eines Casino-Betriebs tragen soll.
4. Die Stadt ist in der Lage, einem Pächter optimale Rahmenbedingungen zu bieten. Ich bitte den Stadtrat, an eine departementsübergreifende Zusammenarbeit zu denken. Es gibt im Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung genügend fähige Köpfe, die den Amtsleiter Freizeitanlagen und Sport bei der Betreuung eines neuen Pächters, einer Pächterin oder noch besser eines Pächterehepaars unterstützen können, zum Beispiel in Vermarktungsfragen.
5. Der Vertrag mit einem neuen Pächter kann ohne Probleme so ausgestaltet werden, dass für die Kundschaft attraktive Nutzungsbedingungen bestehen und Cateringunternehmen in Frauenfeld und Umgebung ausreichend berücksichtigt werden können.

Aufgrund dieser Überlegungen bitte ich Sie, meinen Antrag zu unterstützen. Unser Rat hat eine grosse Verantwortung für die Stadtfinanzen. Setzen wir hier ein Zeichen, indem wir der beantragten Stellenerweiterung nicht zustimmen.

Gemeinderat Andreas Elliker, Referent im eigenen Namen: Es ist sehr lobenswert, dass Stadtrat Ruedi Huber ein paar Monate vor der Budgetsitzung uns ein gutes und sehr informatives Konzept vorlegt und dies noch in einer Botschaft an den Gemeinderat, dass er eine zusätzliche Stelle für das Casino benötigt. Dies ist das erste Mal, seit ich im Gemeinderat bin, dass das vom Stadtrat gemacht wird. Das freut mich sehr. Diese Stelle ist aus meiner Sicht sinnvoll. Es kommt aber noch das Grosse Aber. Dies betrifft den ganzen Stadtrat. Die Finanzlage ist nicht einfach und es muss gespart werden. Ich vermisse, dass diese Stelle nicht kompensiert wird. Das Casino ist für den Tourismus, die Kultur- und Standortförderung wichtig. Dies sind aber strategische Überlegungen. Und das ist die Aufgabe des ganzen Stadtrats. Jedes Departement sollte über seinen Gartenzaun hinausschauen. Ich sehe dies leider in dieser Botschaft nicht. Dies soll kein Angriff auf die Mitarbeiter der Stadt sein. Sie haben ihre Aufgabe gemacht, diese ausführliche und transparente Botschaft zu erstellen. Sehr lobenswert! Aus diesem Grund werde ich mich und ein paar Parteikollegen der Stimme enthalten.

Stadtrat Ruedi Huber: Ich werde zuerst rasch auf einige Voten, die gefallen sind, eingehen. Ich fange an mit dem Antrag von Fredi Marty. Ich kann das voll und ganz nachvollziehen. Ein Pächter ist praktisch und es ist meistens auch günstiger, wenn man eben ein Ehepaar hat, das dreissig und mehr Jahre zusammen ist und zusammenhält und zusammenarbeitet und bereit ist, Tag und Nacht zu günstigen Konditionen zu arbeiten. Und wenn das Geld vom Casino nicht reicht vom Casino, zusätzlich auch noch bereit ist ausserhalb zu arbeiten. Dann ist die Pächterlösung tatsächlich günstiger. Wir dürfen jetzt aber nicht die ideale bisherige Lösung als Vergleich herbeiziehen, die ist ja etwa 50'000 Franken günstiger als die neue Lösung. Wenn schon, müssten

wir einen Pächter der neueren Art und unsere Regelung vergleichen. Ich glaube, die Differenz dazwischen wäre nicht 50'000 Franken. Ein neuer Pächter würde nämlich einen tieferen Zins verlangen. Er würde sagen, er wolle weniger Abgaben machen. Er würde sagen, ich will eine moderne Küche. Wir müssten sehr viel investieren in der Küche, damit er auch selber wieder Caterer sein könnte und wir hätten dann auch den Freiheitsgrad wieder viel weniger, dass Kunden auch mal eine eigene Gastronomie auswählen können. Ein Pächter würde keine Stellvertretungen machen in unseren anderen Hallen, im Murg-Auen-Park, in der Rüegerholzhalle, in der Konvikt-Halle. Das ist aber nötig, das ist eine kleine Abteilung Freizeitanlagen, wo sich die Leute unterstützen müssen. Die Abgrenzungsprobleme hätten wir weiterhin, der Bühnenwart, der bei der Stadt angestellt wäre und der Pächter, der für sein Geschäft im Casino sorgt. Diese Probleme möchte ich explizit nicht mehr haben und ich glaube, das würde auch wieder neue Probleme geben. Dazu kommt, dass ich unterschiedliche Erfahrungen mit Pächtern in der Gastronomie gemacht habe. In Frauenfeld wechseln die Pächter in der Gastronomie etwa alle vier Jahre. Ich will nicht, dass meine Mitarbeiterin Claudia Bühler immer wieder jemand Neuen einarbeiten muss. Das sind dann eben auch Kosten, die entstehen. Fredi Marty, was tun Sie, wenn Sie einen Pächter haben, welcher unbefriedigend arbeitet (Stil 08.15)? Beim ganz schlechten Pächter kann man aufgrund des Leistungsauftrags den Vertrag auflösen. Aber die meisten lassen irgendwann mal nach, der "Pfupf" ist dann etwas draussen. Was tun Sie dann führungsmässig? Das ist gar nicht einfach. Da kommen einfach neue Kosten und Aufwände dazu. Ich würde deshalb an meinem Antrag festhalten und diesen Antrag zur Ablehnung empfehlen.

Frau Dreyer hat noch eine Anregung gemacht von der CVP-Fraktion betreffend Auswahl der Caterer. Ich will nicht heucheln, aber das ist ein sehr guter Vorschlag. Wir haben diese Einschränkung tatsächlich gemacht, weil wir nicht wollten, dass der Bereichsleiter immer wieder einen anderen Caterer einführen muss. Genau dort entstehen die Kosten. Dort entstehen die vielen Arbeits- und Überstunden. Das wollten wir nicht. Aber der Vorschlag enthält ja auch die Idee, dass man die Mehrkosten bezahlen muss, dann hat man die Freiheit, wenn man bereit ist, auch den Mehraufwand, den wir haben, zu bezahlen. Dann leidet die Stadt nicht darunter. Das nehme ich sehr gerne auf. Das ist Kritik, wie man sie gerne hat, wenn gleich auch schon die Lösung hingeschrieben wird.

Benjamin Stricker wünscht ein Reporting. Wir haben den Geschäftsbericht der Stadt Frauenfeld. Wir sind auch gern bereit, dort etwas ausführlicher zu berichten, und sonst haben wir immer offene Türen, wenn Fragen da sind.

Philipp Geuggis' Statement kann ich auch voll verstehen. Ich bin auch einer, der gern Geld spart, der schonend mit dem Geld umgeht, der auch sagt, Eigenverantwortung ist besser. Warum haben wir keinen Pächter testweise gesucht? Das ist schwierig. Würden Sie allenfalls kommen, wenn wir provisorisch einen Pächter suchen würden? Ich baue keine Stellen um Personen herum. Ich habe genug erlebt, was Führung anbelangt. Wir haben schon einige Anfragen gehabt, aber die Qualität, das Engagement, das Können und das Durchstehvermögen müssen halt auch stimmen. Wo das Problem betreffend Pächter ist, habe ich bereits gesagt, wobei ich betonen möchte, dass wir jetzt ein ausgezeichnetes Pächterehepaar im Casino gehabt haben.

Monika Landert hat gesagt, dass dies der richtige Moment ist. Ja, das ist so. Der kommt nicht so schnell wieder. Es ist wirklich ein Generationenwechsel im Casino, der uns bevorsteht und das ist auch der Moment, wo man die Führungsorganisation überprüfen muss. Ich bin überzeugt, dass der Systemwechsel richtig ist, das heisst für uns aber auch, dass wir Effizienzsteigerungen machen müssen. Wir haben tolle Leute dort unten, aber die 80/20-Regel konnte ich noch nicht überall voll durchsetzen. Da haben wir mehr Chancen mit den jüngeren Leuten. Das heisst aber für die Kunden auch, dass mal etwas nicht ganz zu hundert Prozent da ist. Ich könnte Ihnen

erzählen, wie es ist, wenn man für das Militär für eine Brevetierungsfeier so einen Anlass organisiert, wie viele Stunden das Militär in Anspruch nimmt für die Beratung. Wenn man meint, man sei am Ziel, kommt wieder eine andere Stelle und sagt, man muss es wieder anders machen. Das kostet natürlich auch. Da sind wir dran, das nehme ich gern auf.

Heinrich Christ hat noch die Anregung gemacht betreffend Zusammenarbeit mit der Abteilung Kultur, zum Teil auch Stadtentwicklung. Ich glaube nicht, dass ein Stadtentwickler ein guter Betreiber des Casinos ist, das sind zwei Funktionen. Das ist nichts gegen die Stadtentwicklung, aber es sind zwei grundsätzlich verschiedene Arbeiten. Aber Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen in unserer Stadt ist dem Stadtrat ein Riesenanliegen. Da arbeiten wir dran und das wird vielfach auch schon gelebt. Das stütze ich auch, das werden wir aufnehmen. Auch wurde der "Manager in Lackschuhen" erwähnt. Ich zitiere einfach aus dem Stellenbeschrieb einige Stichworte: Kundengewinnung, Kundenberatung, Reservationen, Zusammenarbeit mit Caterern, auch praktisches Zusammenarbeiten, Aufbauarbeiten, Abbauarbeiten, Saaleinrichtungen, Bestuhlung, Planung, Durchführung und Nachbearbeitung von Veranstaltungen, kleiner Unterhalt Infrastruktur, auch mal was selber machen, Budgetierung im engen Rahmen, Führung des kleinen Teams im Casino, Stellvertretungen, z. B. Bühnenmeister, aber auch der anderen Hallenwarte bei Bedarf usw. usw. Einfach, dass Sie ein Bild haben, was diese Person zu machen hat.

Es ist die erste wesentliche Stellenerweiterung im Bereich der Sport- und Freizeitanlagen, welche ich bei Ihnen beantrage. Ich kann Ihnen versichern, dass mir dies gar nicht leichtgefallen ist. Aber es ist meine Aufgabe, für eine nachhaltige und erfolgreiche Zukunft unseres Casinos zu sorgen und dazu gehört bei jedem Stellenwechsel auch die Überprüfung der Führungsstruktur. Aufgrund des Rücktritts des Pächterehepaars Weber haben wir von unserer Abteilung aus gründliche und objektive Abklärungen vorgenommen. Die Blumen, die wir erhalten haben für den Bericht, reiche ich gern an meine Mitarbeiterin Claudia Bühler weiter, die die Hauptarbeit an manchem Abend auch geleistet hat.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es auch im Gastro- und Eventbereich immer weniger Allrounder gibt, welche bei einem vergleichsweise tiefen Einkommen bereit und fähig sind, die breitgefächerten, immer höher werdenden Ansprüche professionell zu erfüllen. Die Variante, dass wir das Casino wie in Wil der Migros geben, kam für mich nicht in Frage. Wir haben das Casino für 5,4 Mio. Franken saniert, weil man das für Frauenfeld tun wollte. Die Migros hat heute schon genug, und man sollte, solange man es vermag, etwas in den eigenen Händen behalten.

Die Schaffung der einheitlichen Führungsstruktur führt unbestritten zu Kosten, eröffnet aber auch Chancen. Es ist schon genannt worden. Das Nebeneinander von privatrechtlichen und öffentlich rechtlichen Anstellungen muss nicht mehr weitergeführt werden. Wir haben dann klare, effiziente Führungsverhältnisse, können effizient die Schnittstellen reduzieren, Synergien nutzen, Stellvertretungen organisieren, wie es sich gehört. Wir können unseren Kunden mehr Möglichkeiten und auch mehr Freiheiten im Verpflegungsbereich bieten, und wir können auch neue Einnahmen für uns als Stadtverwaltung generieren. Unsere Pflanzenbaukommission, wo ich auch lange drin war, wir sind von Frauenfeld nach Weinfeld abgezogen, weil wir null Freiheiten hatten. Und es gibt noch mehr Organisationen und Vereine, die bewusst nicht mehr ins Casino gehen, weil sie nur eine Möglichkeit hatten, einen Caterer zu nutzen. Wir hoffen und glauben, dass wir einen Teil der Mehrkosten für die neue Stelle decken können. Und wir sind nicht mehr gezwungen, die recht enge Casinoküche mit hohem finanziellem Aufwand den heutigen Ansprüchen anzupassen. Der Antrag der GPK, der 80- bis 100%-Stelle wird begrüsst. Auch ich sehe das ein. Ich bin auch für Teilzeitstellen, ich habe zwei Teilzeitstellen, eine am Are-

nenberg und eine in Frauenfeld, ich weiss, was das heisst. Bedingung ist, dass man flexibel sein kann. Aber im Casino muss man vor Ort sein, wenn irgendein Anlass stattfindet. Darum ist dort Teilzeit tatsächlich etwas schwierig. Die Idee von Robert Zahnd stütze ich, aber das heisst für mich, wenn es eine 100%-Anstellung ist, muss dies an einer anderen Ecke eingespart werden. Das Casino ist ein Aushängeschild unserer Stadt und auch wichtiger Treffpunkt. Es hat es deshalb wirklich verdient, dass es eine erfolgreiche Zukunft hat und ich bitte Sie deshalb, der beantragten Stellenerweiterung im Rahmen des Konzepts Casino 2015+ zuzustimmen und ich danke Ihnen bereits jetzt herzlich für Ihre Unterstützung.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Botschaft Zustimmung Stellenplanerweiterung gemäss Konzept Casino 2015+ für die Neuanstellung Bereichsleitung ab 2016 diskutiert.

Als erstes wird der Antrag auf Seite 10 der Botschaft Nr. 46 vom 19. Mai 2015 des Stadtrates an den Gemeinderat, mit der Ergänzung des Lachsfarbenen Papiers dem Antrag von Gemeinderat Fredi Marty gegenübergestellt. Danach wird über den obsiegten Antrag abgestimmt. – Der Gemeinderat ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Abstimmung Gegenüberstellung:

Antrag Stadtrat:	28 Stimmen
Antrag Fredi Marty:	2 Stimmen

Dem Antrag des Stadtrates – mit den Ergänzungen des Lachsfarbenen Papiers – wurde mit 28 Stimmen zugestimmt.

Abstimmung Botschaft (unter Berücksichtigung des Lachsfarbenen Papiers):

Dem Antrag gemäss Botschaft wird bei 28 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff: Damit haben wir die heutige Traktandenliste erfolgreich durchberaten. Ich wünsche allen einen schönen Sommer, wo auch immer Sie ihn verbringen werden. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 19. August 2015, um 18 Uhr, statt. Ich danke Ihnen für Ihre aktive Mitarbeit, der Stadtgärtnerei für den schönen Blumenschmuck, Beat Dürger und Team für seine Unterstützung. Damit ist die Gemeinderatssitzung geschlossen. Ich wünsche allen einen schönen Feierabend.

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

* * *

